

## Konferenzbericht

# „ArbeiterInnenbewegung, ungleiche Entwicklung und Migration in Europa“

Berlin, 27. Oktober 2017

**Veranstalter: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Europäisches Gewerkschaftsinstitut (ETUI), Brüssel; Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen (ITH), Wien; Internationales Geisteswissenschaftliches Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive (re:work)“, Berlin**

### Konferenzbericht von Anda Nicolae-Vladu (Ruhr-Universität Bochum)

Internationale Solidarität ist eine immer wiederkehrende Forderung sozialer Bewegungen und politischer Organisationen. Über die auftretenden Widersprüche in der politischen und wissenschaftlichen Praxis westeuropäischer Akteur/innen haben am 27. Oktober 2017 Gewerkschafter/innen, Aktivist/innen, Historiker/innen und Sozialwissenschaftler/innen diskutiert. Dabei ging es um globale Ungleichheit und Migration und den Umgang von Wissenschaft, Gewerkschaften, Aktivist/innen und nicht zuletzt auch den Subjekten der Migration damit.

In der Begrüßung formulierten die Veranstalter/innen **Susan Zimmermann** (Wien/Budapest, Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen/ITH) und **Stefan Müller** (Bonn, Archiv der sozialen Demokratie/AdsD), die strukturierenden Grundfragen dieses Tages: Von Interesse sollte sein, wie sich Gewerkschaften und wissenschaftliche Forschung zu ungleicher Entwicklung und Migration verhalten. Ziel war es insbesondere zu diskutieren, wie sich die Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen nach oben in die Praxis umsetzen kann und was Gewerkschaften konkret dafür tun können. Dieser so gestaltete Workshop ist aus der Motivation heraus entstanden, Geschichts-wissenschaft mit politischem Engagement zu verknüpfen; ein Anliegen, das die ITH seit ihrer Gründung verfolgt.

Anhand der formulierten Grundfragen eröffneten sich während des Workshops einige Kontroversen, die wohl auch zukünftig relevant bleiben werden. In seinem Einführungsvortrag schätzte **Wolfgang Kowalsky** (Brüssel, Berater beim Europäischen Gewerkschaftsbund/EGB, Migration zunächst als problematisch für die nationalen Arbeitsmärkte ein. Migration bedeute „Lohndruck“ und das schwäche wiederum die Gewerkschaften. Gewerkschaften seien nicht gegen Migration, es ginge um einen gangbaren Weg. Kowalsky sprach von einer nicht „einfache[n] und unproblematische[n] Einwanderungswelle“ in die BRD in Bezug auf die Migration türkischer oder italienischer Arbeitnehmer/innen, von der sich die aktuelle „Einwanderungswelle“ zwar unterscheidet, die jedoch ebenfalls problembehaftet sei. Im Umgang mit Migration gehe es den Gewerkschaften laut Kowalsky um eine europäisierte Asylpolitik und einen Mechanismus der Zuteilung, um die Integration der Migrant/innen in den Arbeitsmarkt, die Vermeidung problematische „Ghettobildung“ sowie letztendlich die gewerkschaftliche Organisation dieser Arbeitskräfte.

In seinem skizzenhaften Modell globalgeschichtlicher Migrationssysteme beschrieb der Historiker **Dirk Hoerder** (Wien) hingegen Migration nicht als problematische Ausnahme, sondern als Normalfall. Dabei plädierte er zum einen für ein Recht auf Arbeit in den Herkunftsstaaten und zum anderen für einen humanitären und inklusiven Umgang mit Migrant/innen. Kritisch sieht die Rezensentin, dass Hoerder beim transatlantischen Migrationssystem im 19. Jahrhundert von planenden, freien, gut informierten Migrant\_innen und einer selbst-regulierten Migration spricht, wohingegen er die heutige Migration (insbesondere aus Afrika nach Westeuropa) schlecht informiert und einer Täuschung unterliegend betrachtet.

Konträr zu den Thesen Kowalskys stellte **Simon Goeke** (München, Mitarbeiter im Münchner Stadtmuseum) am Fallbeispiel der Migration der 1960er- und 1970er-Jahre fest, dass nicht die Migrant/innen von den Gewerkschaften organisiert werden mussten, sondern es sich im Gegenteil bei ihnen oft um hochpolitische Aktivist/innen handelte, die sich zumindest nicht weniger als die deutschen Arbeitskräfte organisierten. Diese Migrant/innen haben sich mit vielfältigen Protestformen in der frühen Bundesrepublik artikuliert und für ihre Rechte gekämpft, Streiks organisiert oder sich an gewerkschaftlich geführten Arbeitskämpfen beteiligt. Auch die Ein- und Ausreise der Migrant/innen sieht Goeke angesichts der restriktiven Zuwanderungspolitik als einen Akt des Widerstands an. Im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Befürchtungen führte die Migration in der Anfangsphase der BRD auch nicht zur Arbeitslosigkeit unter deutschen Arbeiter/innen. Daher stellte die Migration der 1960er- und 1970er-Jahre laut Goeke kein Problem dar, sondern vielmehr eine Chance für gewerkschaftliche Organisation und Kampfkraft. Auch wenn gewerkschaftliche Positionen in Bezug auf Migration fortschrittlich seien, kritisierte Goeke beispielsweise, dass Gewerkschaften migrantische Widerstandsformen nicht als Potenzial erkannten, sondern vielmehr als Bedrohung ansahen. So haben sich Gewerkschaften in der Vergangenheit für Mobilitätsbeschränkungen in der Migrationspolitik ausgesprochen, was jedoch die Kampfkraft der Gewerkschaften nicht stärken, sondern schwächen würde. Daher forderte Goeke, dass die Gewerkschaften sich auch bezüglich der Migrationspolitik klar positionieren, denn auch Grenzregime müssten als Teil der Arbeitsmarktpolitik und somit als gewerkschaftliches Betätigungsfeld angesehen werden. In der anschließenden Diskussion wurde das Entstehen eines „Lohndrucks“ durch Migration in Frage gestellt, da es hierfür an systematischen Untersuchungen fehle. Es wurde festgestellt, dass in konkreten Fällen durch migrantische Kämpfe bestehende Löhne sogar erhöht werden konnten. Von Gewerkschafter/innen wurde Migration durchaus auch als Chance bewertet und der Wunsch geäußert, Migrant/innen stärker in die Gewerkschaften einzubinden: So gäbe es viele migrantische Aktive in den Betriebsräten, in den Bundesvorständen seien Migrant/innen jedoch kaum vertreten. Andere Teilnehmer/innen kritisierten, dass Gewerkschaften Migration heute zwar nicht ablehnen, jedoch sich auch nicht aktiv in diesem Feld engagieren. Es fehle die Perspektive von Rechten für Migrant/innen als vorangehende Forderung und somit auch als Grundlage für einen gemeinsamen Kampf. Die Strategie der Gewerkschaften, durch Integration in den Arbeitsmarkt Migrant/innen in Arbeiter/innen mit sozialen Ansprüchen zu verwandeln, sei in Zeiten der Prekarisierung und der hauptsächlichlichen Vermittlung in Leiharbeit zu überdenken, so **Peter Birke** (wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Göttingen), in seinem Kommentar.

**Lisa Riedner** (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturanthropologie der Universität Göttingen) plädierte ebenfalls dafür, Migrant/innen als handelnde Subjekte in einem gemeinsamen Kampf wahrzunehmen. Sie berichtete von selbstorganisierten migrantischen Gruppen wie die „Oficina precaria Berlin“, „Grupo de Acción Sindical“ oder den „Berlin Migrant Strikers“, die Beratungs- und Unterstützungsangebote geschaffen haben. Als eine weitere wichtige Form der Organisation von Migrant/innen sieht Riedner die unsichtbare Selbstorganisation des Alltags an. Zudem nannte sie solidarische Initiativen wie das „Workers' Center München“ oder das DGB-Projekt der „Fairen Mobilität“, die ebenfalls beraten, unterstützen und politische Kampagnen organisieren. Als Instrument der Migrationsbeschränkung für EU-Bürger/innen machte Riedner die deutsche Sozialpolitik aus. In der Annahme, dass Migration den Sozialstaat bedrohe, hungern Sozialbehörden EU-Migrant/innen regelrecht aus, so Riedner. Somit seien Sozial-, Migrations- und Arbeitsmarktpolitik eng miteinander verschränkt. Gewerkschaften, so Riedner, können sich engagieren, indem sie auf Migrant/innen zugehen und von deren Organisationsversuchen lernen oder sich beispielsweise dafür stark machen, dass der Ausschluss von als nicht produktiv geltenden Arbeiter/innen aufgehoben wird.

In ihrem Vortrag machte **Sabine Hess** (Professorin am Institut für Kulturanthropologie der Universität Göttingen) die Perspektive der Migrant/innen ohne EU-Staatsbürgerschaft stark. Sie

fürhte den Begriff „Fluchtmigrant/innen“ ein, um zu verdeutlichen, dass die Lebenspraxis von Fluchtmigrant/innen unreiner und durchmischer ist, als es die Kategorisierungen wollen. So können beispielsweise Geflüchtete aus Syrien gleichzeitig auch Geschäftsleute sein, die vor dem Bürgerkrieg ein Visum für Deutschland bekommen hatten. Hess beschrieb weiterhin die Grenze als ein Gefüge von höchst verschieden gelagertem Tun diverser Akteure, die täglich neu gemacht und gedacht wird; in diesem Rahmen seien auch die Fluchtmigrant/innen handlungsmächtig („doing border“). Sie kritisierte die deutsche Migrationsforschung, die einen nationalen Fokus auf das Thema behielt und Migrant/innen hauptsächlich als Problem untersuche. Die Ereignisse des Sommers 2015 beschrieb sie als Chance, da hunderttausende Fluchtmigrant/innen es trotz mehrstufiger Grenzanlagen und militärischer und bürokratischer Migrationsbeschränkungen geschafft hatten, nach Nordeuropa zu gelangen. Dieses stellte jedoch keinesfalls eine Ausnahmeerscheinung dar. Der Unterschied zu den Vorjahren bestünde darin, dass der undokumentierte Grenzübertritt bislang vielfach kollektiv und im Verborgenen praktiziert wurde, 2015 aber zum sichtbaren Akt der Mobilität und des Protests wurde. Fluchtmigrant/innen haben sich folglich auch am Prozess des „doing border“ beteiligt und Grenzen verschoben und porös gemacht. Bis heute komme es jedoch zu weitgehend unwidersprochenen Entrechtungs- und Kriminalisierungsprozessen, die beispielsweise dazu geführt haben, dass allein im Jahr 2016 mindestens 4.600 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Es sei zu einer Ausweitung des Lagersystems in ganz Südosteuropa gekommen und es seien innereuropäische Pufferzonen eingerichtet worden, die wie einige griechische Inseln als exterritoriale Räume fungieren. Gewerkschaften und Wissenschaft seien ebenfalls an dem Prozess des „doing border“ beteiligt, schon allein dadurch, ob sie intervenieren oder nicht intervenieren, so Hess. So können Gewerkschaften sich beispielsweise innerhalb der EU vernetzen und Fluchtmigrant/innen unterstützen oder sich bezüglich der Gesetzgebung zur Familienzusammenführung positionieren. Hess sieht es als großen Fehler an, zu denken, dass eine faire Migrationsregulierung möglich sei. Als aktuell größte Herausforderung stellte sie schließlich heraus, wie postnationale Lösungen des Sozialen entwickelt werden können.

Mehrere Gewerkschafter/innen formulierten Bedenken bezüglich einer zu positiven Bezugnahme auf Migration. Sie befürchteten eine starke Zunahme von Rassismus unter der Bevölkerung im Allgemeinen und unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Speziellen. In der Diskussion wurde berichtet, dass viele Kolleg/innen 2015 zu den Grenzen nach Österreich gefahren waren und praktische Solidaritätsarbeit geleistet hatten. Dafür seien sie von den Mitgliedern kritisiert worden, da sie sich nicht ihren eigentlichen Aufgaben – also der Aushandlung von Tarifverträgen – widmen würden. Kowalsky führte bereits in seinem Einführungsvortrag an, dass Migration durch „rechtsextreme und nationalistische“ Bewegungen instrumentalisiert werde und die AfD unter deutschen Gewerkschaftsmitgliedern zur drittstärksten Kraft geworden ist. Rassismus habe laut Kowalsky eine lange Tradition in Deutschland und sei seit dem Kolonialismus in der deutschen Gesellschaft virulent. Dennoch mache es keinen Sinn, alle AfD-Wähler als „Nazis“ zu beschimpfen. Die Bevölkerung müsse vielmehr zu einer „akzeptablen Migration“ hin mitgenommen werden. Auch **Bela Galgoczi** (Berater beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut/ETUI in Brüssel) sprach in seinem Vortrag davon, die „legitimen Sorgen“ der Arbeitnehmer/innen ernst zu nehmen. Er beschrieb drei parallel laufende „Migrationsströme“ (Migration von EU-Bürger/innen, die „Flüchtlingswelle von Asylsuchenden“ und die „Wirtschaftsmigration“), die eine Zunahme von Verteilungskonflikten, Populismus und Xenophobie zur Folge haben. Dabei seien auch Gewerkschaftsmitglieder Empfänger/innen rechter Ideologien. Daher seien die vollständige Öffnung der Arbeitsmärkte politisch hochsensible Themen, so Galgoczi. Dass es zu einer zu starken Migration kommen könne, betonte auch **Michael Dauderstädt** (Bonn, freiberuflicher Berater und ehemaliger Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung FES) und skizzierte dies unter Bezugnahme auf „enorme“ Einkommensunterschiede innerhalb der EU. Während die Mindestlöhne in Rumänien und Bulgarien um einen Euro pro Stunde lägen, erhielten Arbeitnehmer/innen in den BeNeLux-Ländern und in Frankreich zwischen neun und zehn Euro pro Stunde. Die innerstaatliche

Ungleichheit nehme in den letzten Jahren tendenziell zu, auch wenn es in Einzelfällen zu einer Verbesserung der ökonomischen Situation gekommen sei. Global potenziere sich das Problem: „Wenn alle dort leben wollten, wo das Einkommen höher ist, dann haben wir es mit dramatischen Folgen zu tun“, so Dauderstädt. Im Kommentar merkte **Dominique John** (Berlin, Projektleiter der Fairen Mobilität) kritisch an, dass Migration nicht nur als Problem, sondern auch als Entwicklungspotential beschrieben werden könne. Es gäbe verschiedene Gründe zu migrieren und Lohnunterschiede stellten nur einen Faktor unter vielen dar. In der Diskussion wurde gefordert, dass die Gewerkschaften sich für die Verbesserung von Lebensbedingungen in anderen Ländern einsetzen, allerdings nicht aus der Motivation heraus Migration zu verhindern, sondern Menschen die Entscheidungsfreiheit hierüber zu geben. Schließlich merkte Müller an, dass der große Zuspruch zur AfD nicht auf sozialen Protest gegen die eigene Verelendung reduziert werden kann. Der Erfolg der AfD basiere nicht unwesentlich auf Wählergruppen, die wohlhabend sind und ein konservatives Gesellschaftsbild vertreten. Ob Migration automatisch Ängste auslöse, sei zu überdenken.

In der Abschlussdiskussion machte Zimmermann trotz der Kontroversen zunächst eine große gemeinsame Forderung aus: Alle seien sich einig, gleiche Rechte für migrantische und nicht-migrantische Arbeitskräfte zu fordern – und zwar möglichst gute und möglichst überall. Strittig sei jedoch, wer sich dafür in welcher Form einsetzen solle. Der Ansatz der Autonomie der Migration, der jegliche Art von zurückdrängender Regulierung in der Migrationspolitik kritisiere, lasse sich beispielsweise nicht oder sehr schwer mit gegenwärtigen gewerkschaftlichen Positionen vereinbaren. Hess verwies darauf, dass es eine pragmatische und eine analytische Ebene geben muss. So können pragmatische migrationspolitische Forderungen nach humanitären Visa gestellt werden, auf der analytischen Ebene sei Migrationsregulation jedoch zu kritisieren. Müller wies zudem auf die Divergenzen und Konflikte zwischen selbstorganisierten Migrant/innen und institutionalisierten Interessensvertretungen und damit den Umgang mit illegalisierter bzw. undokumentierter Arbeit hin. Problematisiert wurde auch, dass es innerhalb der Gewerkschaften rassistische Bilder gäbe, die dazu führen, dass migrantische Arbeiter/innen und nicht deutsche Gewerkschaften nicht als gleichberechtigte Partner/innen angesehen werden bzw. ihnen stereotype Eigenschaften zugeschrieben werden. Trotz der unterschiedlichen Perspektiven wurde zum Abschluss von vielen Teilnehmer/innen der Wunsch formuliert, dass institutionalisierte gewerkschaftliche Interessensvertretungen und (teils informelle) selbstorganisierte migrantische Strukturen zusammenkommen, möglichst auch transnational.

*Dieser Tagungsbericht ist auch auf H-Soz-Kult erschienen.*

## **Workshopübersicht**

Begrüßung und Einführung: Stefan Müller (Bonn), Susan Zimmermann (Budapest), Wolfgang Kowalsky (Brüssel)

### Panel I: Lange Linien: Migration und soziale Bewegung in historischer Perspektive

Moderation und Kommentar: Peter Birke (Göttingen)

Dirk Hoerder (Wien): Arbeitsmigration und Arbeiterbewegung seit dem 19. Jh.:

Rahmenbedingungen, agency, Wirkungen

Simon Goeke (München): Migration, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der westdeutschen Zuwanderungsgesellschaft der 1960er- und 1970er Jahre

### Panel II: Aktuelle Herausforderungen: Verhältnisse und Akteure

Teil 1

Moderation und Kommentar: Dominique John (Berlin)

Michael Dauderstädt (Bonn): Ungleichheit in der Europäischen Union seit 1989/91

Bela Galgoczi (Brüssel): Perspektiven und Politik europäischer Gewerkschaften auf Arbeitsmigration

Teil 2

Moderation und Kommentar: Emilija Mitrovi (Hamburg)

Sabine Hess (Göttingen): Herausforderung Fluchtmigration – die strukturellen Krisen des europäischen Grenzregimes

Lisa Riedner (Göttingen): Organisationsversuche von Arbeiter\*innen mit Unionsbürgerschaft im EU-internen Migrationsregime – Einige aktuelle Beispiele aus deutschen Städten

### Abschlussdiskussion

Moderation: Stefan Müller (Bonn)